

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Heidt, Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/24207 –

**Mobile Luftfilter für Schulen zur Minimierung eines Ansteckungsrisikos mit dem Coronavirus**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Margit Stumpp, Kai Gehring, Dr. Anna Christmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/24635 –

**Bildungschancen gewährleisten, Kinder und Beschäftigte schützen und das Infektionsgeschehen eindämmen – Förderprogramm für mobile Luftfilter in Klassenräumen und Kindertageseinrichtungen**

### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Minimierung des Risikos einer Ansteckung mit dem Coronavirus in Schulen.

Zu Buchstabe b

Eindämmung des Infektionsgeschehens zum Schutz von Kindern und Beschäftigten.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24207 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24635 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

## **D. Kosten**

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/24207 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 19/24635 abzulehnen.

Berlin, den 16. Dezember 2020

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Klaus Ernst**  
Vorsitzender

**Andreas G. Lämmel**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Andreas G. Lämmel

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/24207** wurde in der 196. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. November 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/24635** wurde in der 196. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. November 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die den Antrag auf Drucksache 19/24207 stellende Fraktion der FDP ist der Auffassung, dass in der Herbst-/Wintersaison die alleinigen Maßnahmen des Lüftens und des Tragens eines Mund-Nasen-Schutzes in Schulen nicht ausreichend seien, um Schülerinnen und Schüler vor einer Corona-Infektion zu schützen. Die Schülerinnen und Schüler würden frieren, das ständige An- und Ausziehen sei zu zeitaufwendig und störe zudem den Unterrichtsablauf. Abhilfe böten Luftreiniger, durch die die Menge an Aerosolen so stark reduziert werden könnte, dass in einem geschlossenen Raum die Ansteckungsgefahr mit dem Coronavirus deutlich minimiert werde. Der Einsatz von geeigneten Luftreinigern in Schulen sei allerdings mit nicht unerheblichen Kosten verbunden.

Aus diesem Grunde wird die Bundesregierung aufgefordert,

wie bei der Anschaffung von Lehrer-Endgeräten, den Ländern bis zu 250 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, damit die Länder schnellstmöglich mobile Luftfilter vorrangig für Klassenräume beschaffen können, in denen nicht gelüftet werden kann.

Zu Buchstabe b

Die den Antrag auf Drucksache 19/24635 stellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist darauf hin, dass der erste Lockdown offenbart habe, wie sehr Bildungschancen und ein für Kinder wichtiges Sozialgefüge durch die Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen eingeschränkt würden. Um das Infektionsrisiko im Herbst und Winter zu senken, brauche es ein ganzes Set von Maßnahmen und es müssten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit Schulen und Kindertageseinrichtungen weitgehend geöffnet blieben. Es zeige sich immer deutlicher, dass auch geeignete Luftfilter dazu beitragen könnten, die Virenlast deutlich zu reduzieren und dadurch das Infektionsgeschehen einzudämmen. Der Präsenzunterricht und die Betreuung in Kindertageseinrichtungen könnten aufrechterhalten werden.

Aus diesem Grunde wird die Bundesregierung dazu aufgefordert,

1. ein Förderprogramm „Mobile Luftfilter für Schulen“ über 500 Mio. Euro aufzulegen. Die Verteilung der Mittel auf die Länder soll über einen Verteilungsschlüssel erfolgen, der die Kriterien Einwohnerzahl, Kassenkreditbestand und Arbeitslosenzahl je zu einem Drittel berücksichtigt. Der Bund soll den Ländern die Mittel zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen. Die Länder leiten die Finanzhilfen des Bundes unverzüglich an die Letztempfänger weiter. Den Ländern soll die Auswahl der finanzschwachen Gemeinden und Gemeindeverbänden, einschließlich der Auswahl der den ländlichen Gebieten zuzuordnenden finanzschwachen Kommunen entsprechend den landesspezifischen Gegebenheiten obliegen;

2. gemeinsam mit den Bundesländern dafür Sorge zu tragen, dass die mit dem Sondervermögen „Kinderbetreuungsfinanzierung 2020/2021“ zusätzlich bereitgestellten Investivmittel schnellstmöglich auch für die Bedarfe an Luftfiltern in der Kindertagesbetreuung eingesetzt werden;
3. dass das Programm von Wirkungsforschung begleitet werden soll, um in Zukunft zielführender die Virenlast an Schulen zu reduzieren sowie grundsätzlich die Luftqualität zu verbessern.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/24207 in seiner 60. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 19/24207 in seiner 65. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/24207 in seiner 85. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/24635 in seiner 60. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/24635 in seiner 85. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu den Buchstaben a und b

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge auf den Drucksachen 19/24207 und 19/24635 in seiner 99. Sitzung am 16. Dezember 2020 abschließend beraten.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/4207 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24635 zu empfehlen.

Berlin, den 16. Dezember 2020

**Andreas G. Lämmel**  
Berichtersteller



